

Platz abbeck

Nr. 8, 30. Dezember 2019

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Kürzungen im Doppelhaushalt 2020/21 waren unnötig

Bereits vor Inkrafttreten des Haushaltes 2020/21 zeigt sich, dass mehr Luft im Haushalt ist als bislang seitens der Kämmerei dargestellt wurde. Die Kölner Finanzverwaltung hatte die Haushaltslage schlechter dargestellt als sie ist und damit Kürzungen begründet. DIE LINKE hatte bei der Kämmerei diese Zahlen moniert, da sie nicht den Berechnungen des LVR entsprechen, und eine Klärung verlangt. Jetzt erhielten wir vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) die Bestätigung.

Der Landschaftsverband erbringt für die Kommunen im Rheinland Leistungen im Bereich Jugend, Menschen mit Behinderungen, Kultur und vieles mehr. Dafür erhebt er eine Umlage, die 2020 bei einem Hebesatz von 15,1 % liegt.

DIE LINKE hatte in den Kölner Haushaltsberatungen darauf hingewiesen, dass die Kämmerei die Summe, die Köln als Landschaftsumlage an den LVR zu zahlen hat, deutlich zu hoch angesetzt hatte. Als Folge des zu hohen Ansatzes wirkte die Kölner Haushaltslage schlechter als sie tatsächlich ist. Die Kämmerei pochte deshalb auf Kürzungen, die vor allem die Bereiche Soziales und Jugend betrafen.

Die Kämmerei korrigierte auf den Einspruch der LINKEN hin ihren Ansatz. Allerdings schätzte DIE LINKE auch den überarbeiteten Wert, der Eingang in den Kölner Doppelhaushalt 2020/21 fand, als zu hoch ein. Diese Einschätzung bestätigt sich jetzt.

Köln muss in 2020 381,4 Mio. Euro an den LVR abführen. Im Kölner Haushalt sind jedoch 395,2 Mio. Euro angesetzt – also 13,8 Mio. über dem tatsächlichen Wert. Für 2021 hat der LVR die Umlage noch nicht festgelegt. Der Kölner Haushalt sieht für 2021 jedoch eine LVR-Umlage von 421,9 Mio. Euro vor. Nach unserer Einschätzung ist dies ein deutlich zu hoch angesetzter Wert, der nur bei einem sprun-

Fortsetzung Seite 2 →

Verwaltungsversagen bei Abfall- und Straßenreinigungs-Gebühren

4,5 Mio. Euro Gebühren muss die Stadt Köln abschreiben, weil die Verwaltung in den Jahren vor 2016 die Gebühren nicht ordentlich abgerechnet hat.

Die Stadtverwaltung ist durch den Landesgesetzgeber dazu verpflichtet, transparent und in der Regel kostendeckende Gebühren zu erlassen.

So sollten die Kölner Gebührenzahler nachvollziehen können, was die AWB für ihre Dienstleistungen ausgibt. Sie muss nachweisen, welche Kosten ihr entstehen – und wie sie diese auf die Gebühren umlegt. Macht sie in einem Jahr Gewinne, sollte dieses Geld im nächsten Jahr in die Gebührenrechnung einfließen und die Gebühren – bei gleichbleibenden Kosten – im besten Falle sinken.

Die AWB hat in den Jahren 2015 bis

2017 keine kostendeckenden Gebühren erhoben. Die Bilanzverluste schwanken zwischen 0,25 Mio. und 7,5 Mio. Euro. Der Stadtrat kann Ausnahmen von der Kostendeckung machen und in besonderen Fällen beschließen, einen Teil der Kosten aus dem Haushalt zu zahlen. Doch das hat er so nicht beschlossen, denn er erfuhr erst im Vorfeld der letzten Ratssitzung von den Verlusten.

Bei der aktuellen Gebührenberechnung will DIE LINKE die Außenstände aus den Jahren 2016 und 2017 ebenfalls nicht mehr auf die Verbraucher umlegen. Das sind 2,5 Mio. Euro bei den Abfallgebühren und 115.000 Euro bei den Straßenreinigungsgebühren. Für die Finanzierung der 4,5 Mio. Euro aus den Jahren bis 2016 hat man ja bereits eine Deckung im Haushalt gefunden, ohne die Menschen zu belasten. →



Mahnwache für die Freilassung von Hozan Cane und Dilan Örs auf dem Wallrafplatz.
Im Bild von links: Adil Demirci, Berivan Aymaz, Anke Brunn, Rechtsanwalt Barış Yesil und Güldane Tokyürek, Ratsfrau von der LINKEN. Siehe auch den Artikel auf der Seite 5.



www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln +++ www.linksfraktion-koeln.de

→ haften Anstieg des Umlagesatzes erreicht würde.

Insgesamt betragen die Kürzungen 2020 rund 1,2 Mio. Euro, 2021 dann rund 12,5 Mio. Setzte man die gesparten Gelder aus der LVR-Umlage dafür ein, könnte man die Kürzungen komplett zurücknehmen.

Das Bündnis aus CDU, Grünen, FDP und GUT hatte in einem Begleitbeschluss zum Haushalt die Verwaltung aufgefordert, einzelne Kürzungen zurückzunehmen. Die Gesamtausgaben sollten sich aber nicht erhöhen, so dass Streichungen in anderen Bereichen die Folge sein dürften.

Auf unsere Nachfrage, wie die Verwaltung die beschlossene Rücknahme einzelner Kürzungen durchführt und woher das Geld dafür kommt, konnte die Kämmererei uns keine Auskunft geben. Wir warten gespannt auf die nächste Sitzung im neuen Jahr.

Jörg Detjen

von Seite 1: Verwaltungsversagen bei Abfall- und Straßenreinigungs-Gebühren

Warum nicht auch für die Jahre 2016 und 2017?

Deshalb ist jetzt wichtig, dass die Jahresabschlüsse 2018 und 2019 zügig fertiggestellt werden. Das ist die Voraussetzung für eine ordentliche Gebührenabrechnung. Und niemand soll sich damit rausreden, dass irgendein Finanzposten nicht abgeschlossen ist. Dann muss eben eine Rücklage gebildet werden.

Wir brauchen von der AWB auch einen Wirtschaftsplan für das kommende Jahr und eine mittelfristige Gebührenplanung. In ihr muss erkennbar sein, dass z.B. Investitionen anstehen, dass im Jahr XY die Gebühren steigen werden, oder dass Gewinne entstehen, die zu einer Gebührensenkung führen.

DIE LINKE fordert die Verwaltung auf,

ein solches Konzept gemeinsam mit der AWB GmbH zu entwickeln, das wir noch vor der Kommunalwahl beschließen können. Damit hätte der neue Rat eine solide Grundlage für die Gebührendiskussion. Um hier Druck auf die Verwaltung auszuüben, hat DIE LINKE der vorgeschlagenen Gebührenerhöhung nicht zugestimmt.

Die FDP wettet gegen den zuständigen Umweltdezernenten Rau und will ihm persönlich die Schuld für das Gebührende-saster in die Schuhe schieben. Doch als die Fehler gemacht wurden, 2010 bis 2015, war der noch gar nicht in Köln. Die damals zuständige Dezernentin war die heutige Oberbürgermeisterin Henriette Reker.

Jörg Detjen

Das dritte Frauenhaus kommt!

Auf der letzten Ratssitzung wurde mit großer Mehrheit endlich das dritte Frauenhaus für Köln beschlossen. Das war längst überfällig. Um Männergewalt gegen Frauen wirksam bekämpfen zu können, reicht das bei Weitem nicht aus.

Deutschland ist dem Übereinkommen des Europarates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen beigetreten. Das Übereinkommen legt fest, dass wir in Köln über 100 Plätze in Frauenhäusern bereitstellen müssen. Wir haben heute 20 Plätze und nach dem Neubau des 1. Frauenhauses werden wir 26 haben. Deswegen ist es richtig, ein drittes Frauenhaus zu beschließen.

Aber selbst, wenn wir ein großes Haus bauen, und dann nochmal 20 Plätze mehr haben sollten, kommen wir noch nicht einmal auf die Hälfte der Platzzahlen, zu denen wir uns eigentlich verpflichtet haben. Alle Ratsmitglieder haben keinen Grund, sich nach diesem Beschluss zufrieden zurückzulehnen. Wir sehen uns weiterhin in der Pflicht, uns für eine bessere Situation in den Frauenhäusern einzusetzen!

Dazu gehört zum Beispiel die Betreuung durch Fachkräfte. Die meistens schwer traumatisierten Kinder z.B. müssen durch ausgewiesene Fachkräfte betreut werden und nicht nur durch Erzieherinnen. Erzieherinnen kosten natürlich weniger Geld als Fachkräfte. Aber wir wollen, dass diese Kinder nicht nur betreut werden. Sie sollen auch auf eine andere Lebensbahn gelenkt werden, später weder Opfer noch Gewalttäter werden.

DIE LINKE kann es nicht hinnehmen, dass die Frauen für ihren Aufenthalt in einem Frauenhaus zahlen müssen. Wenn sie ein eigenes Einkommen haben, dann meis-

tens einen Minijob oder eine kleine Rente. Davon sollen sie noch einen Teil für ihren Schutz und ihre Sicherheit abgeben. Das finden wir nicht in Ordnung! Denn durch die sog. Tagessatzfinanzierung wird Gewalt gegen Frauen individualisiert und die Betroffene zur „Problemträgerin“ gemacht.

Beteiligen sich die Mitglieder der Bundesregierung eigentlich auch an den Kosten für ihre Personenschützer? Ich denke nicht! Ich bin mir sicher, ihnen würde eine finanzielle Beteiligung weniger wehtun, als den Frauen im Frauenhaus.

Und nicht zuletzt wollen wir die Frauen, die in den Frauenhäusern arbeiten, entlasten. Zu ihrer ohnehin schweren und bedrückenden Aufgabe, die sie auch nach Dienstschluss oft nicht loslässt, leisten sie viele unbezahlte Überstunden. Es gibt z.B. keine Stelle für die Tätigkeit einer Geschäftsführerin. Spenden einwerben, Kontakte zu Politik, Verwaltung und Institutionen halten, Konzepte entwickeln und vieles mehr leisten die Frauen, die im Frauenhaus arbeiten, ehrenamtlich. Auch das finden wir nicht in Ordnung!

Es gibt viel zu tun. Der erste Schritt ist gegangen. Viele weitere müssen noch folgen.

Wir finden nicht gut, dass wir einen Antrag zu so einem wichtigen Thema bei dem alle demokratischen Fraktionen und Gruppen einer Meinung sind, nicht auch gemeinsam stellen! So haben wir das auf dem Höhepunkt des Flüchtlingszuzugs 2015 und 2016 bei flüchtlingspolitischen Anträgen gemacht. Wir haben mit allen Demokrat/innen im Rat Gespräche über unsere Antragsentwürfe geführt. Wir kamen nicht immer zusammen, aber der Wille war auf unserer Seite immer da.

Die Frauen, die das Frauenhaus tragen und betreiben, sehen das übrigens auch so. Wir hatten am Montag ein Gespräch mit ihnen und auch sie fanden es unverstän-dlich, dass man so einen wichtigen Antrag nicht gemeinsam stellt.

Hamide Akbayir, Andrea Kostolnik



LINKE Internationale Liste

2020 sind parallel zur Kommunalwahl auch Integrationsratswahlen. Dort wählen alle Kölnerinnen und Kölner mit einem nicht deutschen Pass ihre Vertreter*innen. Kandidieren können ebenfalls nur Menschen ohne deutschen Pass.

Gerade finden sich alle Interessierte, um die LINKE internationale Liste aufzustellen. Wer die Voraussetzungen erfüllt und sich eine Kandidatur überlegt, kann Kontakt aufnehmen: gueldane.tokyuerck@googlemail.com

Aus den Bezirken

INNENSTADT

Großer Winterspaß auf dem Ebertplatz

Für kleines Geld können in diesem Jahr Jung und Alt auf einer Eisbahn den Brunnen umrunden oder sich auf einer Eisfläche daneben beim Eisstockschießen versuchen. Nach der sportlichen Betätigung kann man sich bei Kaffee, Glühwein oder Punsch aufwärmen.

Gisela Stahlhofen (auch im Bild)



RODENKIRCHEN

Willkommen in Zollstock

Am Dienstag gab die Stadt Köln den Zollstockerinnen und Zollstockern Gelegenheit, die am Kalscheurer Weg gelegene neu errichtete Unterkunft für Geflüchtete kennen zu lernen. Von dieser Möglichkeit machten am Dienstag viele Bürgerinnen und Bürger Gebrauch. Voraussichtlich am 16. Dezember wird die Unterkunft belegt werden.

Die für 150 Personen vorgesehene Unterkunft wird mit 114 Personen, überwiegend Familien, nach dem aktuellen Belegungsplan belegt werden. Die meisten der Familien stammen aus der vor kurzem geschlossenen Unterkunft an der Eygelshovener Straße in Rodenkirchen, wobei dieser Standort bereits im September geschlossen wurde. Deswegen lebten die Familien vorübergehend in der Notunterkunft Ringstraße.

Mit dem Umzug erhalten die Personen wieder mehr Privatsphäre und können sich - wie sie es bereits schon in der Eygelshovener Straße getan haben - wieder selber versorgen. Beim Umzug wurde besonders darauf geachtet, dass die Menschen



ihr soziales Umfeld bzw. die sozialen Bindungen an Ehrenamtliche, Unterstützer und Freunde nicht verlieren. Auch Anbindungen an Kindertagesstätten, Schulen und Arbeitsstellen wurden berücksichtigt.

In der Unterkunft am Kalscheurer Weg werden voraussichtlich Menschen aus Afghanistan, Albanien, Bosnien, Irak, Kosovo, Montenegro, Nigeria, Pakistan, Serbien und Syrien leben.

Entgegen einem zurzeit in Zollstock kursierendem Gerücht, dass der Spielplatz in der Unterkunft nur für die Kinder der Geflüchteten sei, ist festzuhalten, dass der Spielplatz auch durch Kinder der Anwohner der Unterkunft genutzt werden kann. Wäre dem nicht so, widerspräche das dem Integrationsgedanken.

Gefährlich ist derzeit noch der Zugang zur Unterkunft. Der stark befahrene Kalscheurer Weg hat am Zugang zur Unterkunft weder einen Zebrastreifen noch eine Ampel. Vor allem für die Schulkinder könnte dies zu einem Problem werden. Hier muss die Verwaltung schnellstmöglich eine Lösung finden.

Foto und Text: Berthold Bronisz

INNENSTADT

Erstes Mieter*innen-Treffen im Severinsviertel

„Die Mieten im Severinsviertel steigen. Viele von uns können sich diese Mieten nicht mehr leisten, viele sind schon weggezogen...“ So begann die Einladung zum Austausch von wohnungspolitisch Interessierten und Anwohner*innen, der am 27.11.2019 in der Südstadt stattfand. Anlass bot die seit Jahren überfällige soziale Erhaltungssatzung, die zurzeit in Politik und Öffentlichkeit diskutiert wird und nunmehr in Kraft treten wird. Fast 50 Gäste wohnten der Veranstaltung bei, zu der die Initiative „Recht auf Stadt“ in geschichtsträchtige Bürgerhaus Stollwerck geladen hatte. Diese wurde vorab massiv vom Ortsverband Innenstadt/Rodenkir-

chen beworben, dessen Aktive zahlreiche Flugblätter verteilt und eine Handvoll Infostände anberaumt hatten.

Nach einem obligatorischen Überblick über die technischen Aspekte des Satzungsentwurfs entwickelte sich rasch eine rege Diskussion über Aufwertungs- und Umwandlungspotentiale im Viertel, über tatsächliche und befürchtete Verdrängungsprozesse. Fast jeder wusste aus Nachbarschaft oder Umfeld zu berichten, dass die vermuteten und nun gutachterlich bestätigten negativen Veränderungen im Viertel real sind. So eine Milieuschutzsatzung könnte helfen. Komplet anders sahen das erwartungsgemäß die vereinzelt anwesenden Hauseigentümer*innen, die sich vom Geschäftsführer des Mietervereins denn auch in der Sache belehren lassen durften. Auch die anwesenden CDU- und SPD-Ortsvereine arbeiteten sich an der Konfliktlinie ab, ob die zu beschließende Satzung nun Segnung oder Teufelswerk sei. Nur zur Erinnerung: Die Immobilien- und Standortgemeinschaft Severinsstraße hatte bereits im Oktober per Einlassung glauben machen wollen, dass die Versorgung von Haushalten mit preisgünstigem Wohnraum eine hoheitliche Aufgabe sei, „die nicht von der privaten Wirtschaft zu tragen ist“.

Fakt ist, dass Wohnungen der spekulativ überhitzten Marktdynamik entzogen werden sollten, und die Mieter*innen dabei nicht bloß ohnmächtige Objekte sondern aktive Subjekte werden können. Ohne eine Mobilisierung der Betroffenen wird es schwierig, die Erhaltungssatzung und weitere Schutzinstrumente zu etablieren und wirkungsvoll zur Anwendung zu bringen. So ist es nur konsequent, dass die von Dietmar Aigner und Kalle Gerigk souverän durchmoderierte Versammlung ein Folgetreffen in Aussicht stellte. Im neuen Jahr wird man sich wieder zusammenfinden, um z.B. im Rahmen einer Bürger*innen-Initiative auf eine verbesserte Wohnungspolitik hinzuwirken.

Michael Scheffer

Aus den Ausschüssen

ARMUTSBERICHT DES PARITÄTISCHEN:

Abstiegsplatz für Köln nicht nur in der Bundesliga

Auch bei der Armutsentwicklung belegt die Region Köln nach dem Armutsbericht des Paritätischen im Zehn-Jahres-Vergleich einen Abstiegsplatz: Seit 2008 ist die Armutsquote in der Region um 20,9 Prozent, also mehr als ein Fünftel, angestiegen.

In der Stadt Köln ist die Entwicklung mit einer Armutsquote von 20,4 Prozent im Jahr 2018 gegenüber 16,8 Prozent im Jahr 2008 noch ungünstiger verlaufen: Jede*r Fünfte in Köln lebt in relativer Armut.

Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der auf Hartz IV angewiesenen Menschen sogar von 14,3 Prozent auf 13,0 Prozent leicht zurückgegangen - ein trauriger Beleg für die zunehmende Altersarmut und die Ausbreitung des Niedriglohnssektors in Köln.

Wolfgang Lindweiler

VERKEHR

Radschnellweg kommt nur langsam voran

Der geplante Radschnellweg zwischen Köln und Frechen soll der erste Baustein in einem Kölner Radpendlernetz sein. Ziel ist für DIE LINKE hiermit möglichst vielen Menschen, die bislang mit dem Auto pendeln, den Umstieg auf das Rad oder Pedelec zu ermöglichen.

Die Umsetzung der Idee verläuft aber eher schleppend. 2014, also vor fünf Jahren wurde dieses Projekt als eines von fünf im Planungswettbewerb des Landes NRW ausgewählt. Aber erst jetzt wurde dem Verkehrsausschuss und der BV Lindenthal eine Entwurfsplanung vorgelegt. Nach einem Kölner Beschluss wird der Landesbetrieb Straßen.NRW die Planungen begutachten. Wie lange das dauert, lässt sich nach Auskunft der Stadtverwaltung nicht absehen, denn der Landesbetrieb war bislang nur für das überörtliche Straßennetz verantwortlich, nicht aber für Radschnellwege.

Die Radverkehrsverbände haben sich intensiv mit den Planungen auseinandergesetzt und eine Vielzahl von Änderungen vorgeschlagen, die als gemeinsamer Antrag von CDU, SPD, Grünen, LINKE, FDP und Freien Wählern in die Bezirksvertretung Lindenthal am 27.11. eingebracht und dort beschlossen wurde. In vielen Punkten wurde damit eine Verbesserung der Planungen erreicht.

Allerdings beschloss die BV Lindenthal auch Änderungen, die nicht auf ihrem Gebiet liegen, nämlich die Weiterführung des Radschnellweges entlang des Hiroshima-

Nagasaki-Parks, der Teil des Inneren Grüngürtels ist. Auch inhaltlich kritisiert DIE LINKE die Änderungen an dieser Stelle. Demnach soll der Radschnellweg nämlich über einen Fußweg im Grüngürtel weitergeführt werden. Aufgrund der zu erwartenden Konflikte schlägt DIE LINKE eine andere Lösung vor: Der Radschnellweg soll stattdessen auf der Bachemer Straße weitergeführt werden, die hierfür zu einer Fahrradstraße umgewandelt werden soll. Den entsprechenden Änderungsantrag der LINKEN im Verkehrsausschuss leitete dieser an die Bezirksvertretung Innenstadt weiter, um deren Votum einzuholen.

Wilfried Kossen

SCHULE

Schulbauliste: Gesamtschulen bleiben Stiefkind des Rats

Im Rat wurde am 12. Dezember die aktualisierte Prioritätenliste für Sanierungen und Neubauten bei den Schulen beschlossen. Das Fazit ist: OB Reker und das schwarzgrüne Bündnis nehmen sehenden Auges in Kauf, dass mindestens bis 2025/26 jedes Jahr 800 bis 1000 Gesamtschulplätze fehlen. Die Entwicklung der sozial inklusiven Schulen bleibt gedeckelt. Denn in den letzten Jahren wünschen jeweils 35 % der Eltern von Kindern am Ende der Grundschulzeit einen Gesamtschulplatz. Es gibt aber immer nur für 25 % einen solchen.

In der höchsten Prioritätenkategorie 0 erwähnt die Liste Schulen, die bereit heute gebaut werden oder in der Planung sind. Das betrifft zwei völlig neue Gymnasien. Eines davon soll übrigens das zehnte Gymnasium in der Innenstadt sein, während es dort nur eine einzige Gesamtschule gibt! In der Kategorie 0 befinden sich zwar Neubauten für Gesamtschulen. Sie arbeiten aber längst. Neue Gesamtschulen fehlen also in der Kategorie mit der höchsten Priorität. Und das bei acht Gesamtschulen, die zur Zeit fehlen.

Weil die Gymnasien mit G9 zurückkehren zu neun Schuljahren und deshalb mehr Räume benötigen, gibt die Verwaltung für die kommenden fünf und mehr Jahre - auf eine genaue Zahl legt sich die Verwaltung lieber nicht fest - dieser Schulform Priorität.

Es gibt nämlich seit Ende 2018 ein Ausbauprogramm für Gymnasien. DIE LINKE im Rat fordert, dass es ebenso ein Ausbauprogramm für Gesamtschulen gibt. Das

lehnen OB Reker und die schwarzgrüne Ratsmehrheit aber bis jetzt ab. Ob sich das noch kurz vor den Kommunalwahlen 2020 ändert? Vermutlich ist das finanziell nicht drin: Grüne und CDU tragen die „schwarze Null“ für den Kölner Haushalt wie eine Monstranz vor sich her, während die Grünen im Bund diese bekämpfen. Fortschrittliche Politik wird auf diese Weise im Kölner Rat blockiert. Gerade erst haben die Ergebnisse der neuen europaweiten PISA-Studie der OECD gezeigt, wie sehr das dreigliedrige System in Deutschland Kinder aus ärmeren und Einwandererfamilien benachteiligt.

Heiner Kockerbeck

UMWELT

Mehr regionales Bio-Essen

Im Juni letzten Jahres hat der Umweltausschuss beschlossen, landwirtschaftliche städtische Flächen verstärkt nach ökologischen Kriterien zu verpachten. Die Diskussion innerhalb der Kölner Landwirtschaft um die Umstellung auf eine ökologischere Form der Bodenbewirtschaftung hat ergeben, dass dazu auch eine Erschließung und Sicherung neuer Vermarktungswege notwendig ist. Deshalb haben die vier Fraktionen, die schon den ersten Beschluss gefasst haben, neben der LINKEN auch SPD, CDU und Grüne, nun einen Folgeantrag gestellt und beschlossen.



Foto: jaqueline macou / pixabay.de

Die Stadt Köln soll in ihrem eigenen Einflussbereich tätig werden. Der Anteil an regional erzeugten Bioprodukten soll in Kitas, Schulen, städtischen Kantinen und Veranstaltungen sukzessive erhöht werden. Angestrebt ist ein Anteil von 90 % in 2030. Auch in den Städtischen Kliniken und anderen städtischen Gesellschaften sowie allen Ausschreibungen zur Verpflegung soll dieses Ziel verfolgt werden.

Dabei ist es gleichzeitig wichtig, dass das Essen bezahlbar bleibt. Das ist auch so in dem Beschluss festgehalten. Andere Städte, die das bereits praktizieren, machen es aber vor: Die Umstellung auf Bio-Essen ist in Schulen und städtischen Kitas bei geringen Mehrkosten machbar.

Hamide Akbayir

Mahnwache für die in der Türkei inhaftierten Kölner*innen

Wir dokumentieren die Rede von Güldane Tokyürek, Ratsmitglied der LINKEN, auf der Mahnwache für die Freilassung von Hozan Cane und Dilan Örs in Auszügen.

Vielen Dank, dass ich stellvertretend für die Fraktion DIE LINKE heute hier sprechen darf. Ich habe mich sehr gefreut, dass Dilan Örs aus der Haft entlassen worden ist. Nicht nur, weil ich sie persönlich kennengelernt habe, sondern weil dass, was ihr und anderen widerfahren ist, einem doch sehr nahegeht. Jetzt geht es darum, dass sie aus der Türkei ausreisen und wieder nach Köln kommen kann.

Adil Demirci hat in einem Interview gesagt, dass sich die Situation in der Türkei für Regimekritiker seit seiner Freilassung nicht zum Positiven geändert hat. Er hatte nicht nur recht damit, sondern es vergeht kein Tag, an dem sich die Menschenrechtslage nicht weiter verschlechtert. Es ist schwer zu ertragen, jeden Tag aufs Neue schlechte Nachrichten aus der Türkei zu hören.

Die Lage verschlechtert sich zune-

hend für alle diejenigen, die auf die gesellschaftlichen Missstände aufmerksam machen. Mit völkerrechtswidrigen Militärschlägen destabilisiert die türkische Regierung seit Mitte Oktober 2019 zudem die Grenzregion zu Syrien. Chaos, Elend und Tausende Flüchtlinge sind die Folge. Obwohl die Türkei den Ausnahmezustand im Juli 2018 nach zwei Jahren aufhob, stehen Menschenrechtsverletzungen weiterhin auf der Tagesordnung. Willkürliche Verhaftungen und unfaire und nicht rechtsstaatliche Gerichtsverfahren sowie die Diskriminierung von Frauen, LGBT-Personen, Flüchtlingen und religiösen Minderheiten bestimmen den Alltag der Menschen in der Türkei. Diese gruppenbezogenen Diskriminierungen und Repressalien haben einen tiefen Riss in die Gesellschaft geschlagen. Diesen Riss zu überwinden obliegt allen Menschen, die sich demokratischen Werten und universellen Menschenrechten verbunden fühlen. Das sind auch wir, die hier sind.

[...]

Der Solidaritätskreis »Freiheit für Adil Demirci« hat 64 Wochen lang am Wallraf-

platz in Köln Mahnwachen durchgeführt. Heute ist die 65. Mahnwache und somit auch die 65. Woche. Diese Art der Solidarität verdient großen Respekt, Anerkennung und Unterstützung. Denn sie legte und legt immer noch Woche für Woche den Finger in die Wunde und weicht nicht von der Seite derer, die zu Unrecht in den Gefängnissen in der Türkei sitzen. Diesen Menschen gilt unsere volle Solidarität. Adil Demirci ist kein Einzelfall, Hozan Cane ist kein Einzelfall und auch nicht Dilan Örs, ohne dass hier das persönliche Schicksal dahinter vergessen wird. [...]

Als eine Fraktion im Rat der Stadt Köln haben wir auf kommunaler Ebene nur begrenzte Möglichkeiten auf die Außenpolitik Einfluss zu nehmen. Die Erfahrungen in der Vergangenheit haben jedoch gezeigt, dass kommunales Engagement für Personen aus unserer Stadt erfolgreich sein und den Menschen Mut geben kann.

[...]

Liebe Freundinnen und Freunde, lassen Sie uns weiterhin gemeinsam für die Freilassung von politischen Gefangenen einsetzen. [...]

Gemeinsame Erklärung zur türkischen Geiselaft-Politik

Heute, am Tag der Menschenrechte, sind wir, die Unterzeichner dieser Erklärung, über die türkische Geiselaftpolitik schockiert und über die Schicksale der Menschen in türkischer Haft besorgt. Wir fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen aus türkischer Haft. Und wir Kölnerinnen und Kölner setzen uns besonders für die Freilassung unserer Kölner Mitbürgerinnen und -mitbürger Hozan Cane, Dilan Örs, Bekir Topgider und für einen Kölner Rentner ein.

Während Dr. Sharo Garip und Adil Demirci aus der Haft frei kamen, sitzen jetzt mehr Deutsche und mehr Kölner in Gefängnissen oder dürfen nicht ausreisen, über hundert Menschen.

Der türkische Präsident Erdogan und seine Regierung führen Deutschland und die EU mit ihrer Geiselaft-Politik an der Nase herum. Die Willkür findet immer neue Opfer. Deutschland und die EU dürfen sich nicht weiter erpressen lassen. Wir fordern die Bundesregierung auf, alle außenpolitischen und diplomatischen Maßnahmen zu ergreifen, um der Willkür des Erdogan-Regimes ein Ende zu setzen!

Unserer Erfahrungen zeigen: Besonders betroffen sind Personen, die nur einen türki-

schen Pass haben oder die doppelte Staatsbürgerschaft. Es gab aber auch Festnahmen von Personen, die nur die deutsche Staatsbürgerschaft hatten, aber einen kurdischen oder türkischen Namen. Die Gründe für die Festnahmen sind willkürlich: öffentliche Interneteintragungen oder in Deutschland seit Jahren niedergeschlagene Anschuldigungen. Offensichtlich ist aber, dass der deutsche und der türkische Geheimdienst Daten ausgetauscht haben. Ob das aktuell noch der Fall ist, wissen wir nicht. Auf jeden Fall sammelt der türkische Geheimdienst Daten und Bilder in Deutschland. Deshalb unser Appell an die türkische und kurdische Community: Wir raten dringend zur Vorsicht bei Reisen in die Türkei! Überlegt ganz genau, was ihr tut!

Dilan Örs ist seit letzter Woche aus der Haft in Hausarrest entlassen worden. Sie war in der Nähe von Istanbul über mehrere Monate mit 13 Frauen und einem Kind in einer Zelle inhaftiert und hat viel erlebt. Sie darf Istanbul nicht verlassen. Ihre Mutter, die kurdische Sängerin Hozan Cane, sitzt weiter im Gefängnis. Es geht ihr gesundheitlich schlecht. Wir fordern ihre Freilassung auch aus humanitären Gründen.

Bekir Topgider, vom Komkar-Vorstand befindet sich seit dem 12. November in Haft. Er hatte seine Familie in der Südosttürkei besucht.

Ein weiterer Fall: Seit Jahren lebt ein Rentner mit türkischem Pass in Köln und in Aydin (nahe Izmir). Nach seinem letzten Besuch darf er nicht nach Köln zurückkehren. Er hat eine Ausreiseperrre.

Unsere Erfahrung zeigt auch: Örtliches Engagement für Personen aus unserer Stadt ist erfolgreich. In Städten wie Ulm oder Köln haben sich Oberbürgermeister und Oberbürgermeisterin, die Stadträte und die örtliche Zivilgesellschaft für die Freilassung ihrer Stadtbewohner eingesetzt. Wir setzen uns weiter für die Freilassung von politischen Gefangenen ein und bitten auch mit Mahnwachen die Kölner Öffentlichkeit um Unterstützung.

Anke Brunn, Ministerin a.D.

Adil Demirci, Vorstandsmitglied v. Stimmen der Solidarität-Mahnwache Köln e.V.

Jörg Detjen, Mitglied im Rat der Stadt Köln

Dr. Sharo Garip, Wissenschaftler

Günter Wallraff, Schriftsteller

Dilan Yazicioglu, Vorstandsmitglied von Tüday

Köln, den 9. Dezember 2019

TERMINE

Do., 2. Januar

NS-Dok. Köln im Nationalsozialismus. Führung durch die Gedenkstätte u. durch die Dauerausstellung, Eintritt frei. 18.30 Uhr, Ort: NS-Dokumentationszentrum im EL-DE Haus, Appellhofplatz 23-25, 50667 Köln

Berliner Realismus. von Käthe Kollwitz bis Otto Dix, Führung, 17 Uhr, Käthe-Kollwitz-Museum, Neumarkt Passage, Neumarkt 14-18, 50667 Köln

Fr., 3. Januar

Open Piano meets Open MUSIC! Alle dürfen spielen u. zuhören, VA: Musikinitiative Open Piano for Refugees, Eintritt frei, Spenden erwünscht. 14 Uhr, Ort: Rheinisches Landesmuseum Bonn, Colmantstr. 16, 53115 Bonn

Sa., 4. Januar

Gegen den Hass. (UA) nach C. Emcke, Theaterfassung/Regie: Thomas Jonigk, 20 Uhr, Schauspiel Köln im Depot, Schanzenstr. 6-20, 51063 Köln

Di., 7. Januar

Was tun mit städtischem Grund und Boden? Die Frage wird seit einiger Zeit mit neuer Dringlichkeit diskutiert, nicht zuletzt wegen des großen Bedarfs an bezahlbarem Wohnraum.

Sollen Städte und Kommunen Bauland – wie in der Vergangenheit häufig geschehen – einfach an den Meistbietenden verkaufen und dann hoffen, dass der Investor schon etwas Gutes und Nützliches auf seinem Grundstück bauen wird? Reicht es aus, wenn Städte – wie auch Köln seit einiger Zeit – den Verkauf an bestimmte Bedingungen knüpfen (Konzeptvergabe für Geschosswohnungsbau ab zehn Wohneinheiten) und nicht nur auf den größtmöglichen Erlös schauen? Oder sollten

Städte den Wohnungsbau in Eigenregie betreiben, also sowohl Eigentümer des Grundstücks als auch des darauf errichteten Gebäudes sein? Es gibt noch eine Alternative, das Erbbaurecht.

(Früher sprach man auch von Erbpacht.) Dabei bleibt der Grund und Boden im Besitz der Stadt, der Investor wird Besitzer des von ihm errichteten Gebäudes; das Eigentum am Grundstück wird also vom Eigentum am darauf stehenden Gebäude getrennt.

Im Haus der Architektur wird dieses Instrument städtischer Liegenschaftspolitik vorgestellt und im Gespräch erörtert, ob es für den Wohnungsbau neue Möglichkeiten bieten könnte. Es diskutieren

Jörg Detjen, Fraktionssprecher DIE LINKE im Rat der Stadt Köln, Vorsitzender im Rechnungsprüfungsausschuss und Mitglied der Ausschüsse Finanzen und Soziales;

Detlef Fritz, Rechtsanwalt und ehemaliger Leiter des Amtes für Liegenschaften, Vermessung und Kataster der Stadt Köln, sowie

Alois Jütten, Referent im Generalvikariat des Erzbistums Köln, Hauptabteilung Seelsorgebereiche, Abteilung Recht im Seelsorgebereich.

Durch das Gespräch führt Jürgen Keimer, Vorstandsmitglied im hdak

19 Uhr, Haus der Architektur Köln, Josef-Haubrich-Hof Köln, 50676 Deutschland

Mi., 8. Januar 2020

Neujahrsempfang der Kölner Ratsfraktion DIE LINKE.

Ab 18 Uhr, Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal, 1. Stock.



Frohe Festtage
und ein gutes
neues Jahr!

Einladung zum
Neujahrsempfang

DIE LINKE
DIE LINKE KÖLN

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG
NORDRHEIN-
WESTFALEN**

Dienstag, 14. Januar 2020, 18:00 Uhr, Hörsaal C, Hörsaalgebäude, Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz
Ulrike Herrmann: Deutschland – ein Wirtschaftsmärchen
Wie die Deutschen wirklich reich wurden

Deutschland ist reich, aber die gängigen Erklärungen sind falsch. So soll Ludwig Erhard der „Vater“ des Wirtschaftswunders gewesen sein – in Wahrheit war er ein unfähiger Ökonom, ein Profiteur im Dritten Reich und ein Lügner. Die Bundesbank war angeblich die unbestechliche „Hüterin der D-Mark“ – tatsächlich hat sie Millionen in die Arbeitslosigkeit geschickt und die deutsche Einheit fast ruiniert. „Soziale Marktwirtschaft“ klingt nach sozialem Ausgleich, doch begünstigt werden die Reichen. Auch die permanenten Exportüberschüsse haben Deutschland nicht voran gebracht, sondern geschadet. Umgekehrt werden echte Erfolge nicht gesehen: Die Wiedervereinigung war angeblich wahnsinnig teuer. Tatsächlich hat sie keinen einzigen Cent gekostet. Es ist Zeit, sich von den Legenden zu verabschieden. Sonst verpassen wir unsere Zukunft.

Ulrike Herrmann arbeitet als Wirtschaftskorrespondentin bei der „tageszeitung“ (taz). Zudem ist sie regelmäßiger Gast im Radio und im Fernsehen. Herrmann ist ausgebildete Bankkauffrau und hat an der FU Berlin Geschichte und Philosophie studiert.

21.1.2020, 19.30-22.00 Uhr

Allerweltshaus, Körnerstr. 77-79, 50823 Köln
Linkswende in Argentinien – das Signal für Lateinamerika?
mit Daniel Rodriguez, Vortrag, evtl. Musikbeitrag

Nach dem Wahlsieg der Linken scheint das neoliberale Programm für Argentinien zunächst einmal am Ende zu sein. Was bedeutet das für die Region insgesamt? In Chile z. B. ist eine ähnliche Entwicklung denkbar, dagegen wurde die Linke in Bolivien gewaltsam weggeputscht. Wie sehen die einschlägigen Perspektiven für Venezuela und für Kuba aus?

In Kooperation mit der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba

Do., 16. Januar

Der Augsburger Architekt Titus Bernhard zeigt, wie man heute gute Wohnungen für alle bauen kann!

Seit 1994 führt er das Büro Titus Bernhard Architekten und arbeitet vorwiegend im süddeutschen und alpinen Raum. Sein Schwerpunkt ist der Villenbau, aber auch das Fußballstadion des FC Augsburg und zahlreiche Verwaltungsbauten gehören zu seinen Referenzen. Seine wichtige Erkenntnis: „Der soziale Wohnungsbau ist die Aufgabe der Stunde!“

Der notwendige Paradigmenwechsel ist ihm schmerzlich. Darüber wird er in seinem Vortrag berichten: „Auch Bürger mit geringerem Ein-

kommen haben Anspruch auf guten Wohnraum und ansprechende Architektur“, heißt es auf seiner Webseite. Im Osten von Augsburg entstehen derzeit auf einem ehemaligen Kasernenareal 140 Mehrgenerationen-Wohnungen als Laubenganghäuser. Die Wohnanlage bietet gemeinschaftliche Einrichtungen für sozialen Austausch aller Gesellschaftsgruppen sowie individuelle Rückzugsmöglichkeiten. Alle Wohnungen sind barrierefrei, einige davon sogar behindertengerecht. So werden sie dem demographischen Wandel unserer Gesellschaft gerecht. Dieses Projekt ist ein Beispiel für schnellen, kostengünstigen und effizienten Wohnungsbau.

18.45 bis 22 Uhr, Vitra Studio im Rheinauhafen, Agrippina-werft 24, 50678 Köln.

Vom Klimawandel zum Gesellschaftswandel

Klimaschutz - Arbeitsplätze
Anders Leben und Arbeiten



- Strukturwandel in den Braunkohlerevieren
- Verkehrswende

Konferenz

mit Betroffenen, Aktivist*innen,
Gewerkschaftsmitgliedern und Expert*innen
Köln, Alte Feuerwache (Südtrakt), Melchiorstraße 3
25. Januar 2020, 10-18 Uhr

**Veranstalter*innen: Gewerkschafter*innen für Klimaschutz;
Attac-AG Energie-Klima-Umwelt; Attac-AG ArbeitFairTeilen**

Di., 21. Januar

Baustelle Bühnen. Bernd Streitberger berichtet

Inzwischen war Bernd Streitberger mehrfach Gast im Haus der Architektur. Seit seinem letzten Bericht ist wieder ein Jahr vergangen, und er wird erneut über den Stand der Arbeiten an der Baustelle Bühnen informieren.

Moderation: Jürgen Keimer, Vorstandsmitglied im hdak
19:00 bis 20:00 Uhr | Haus der Architektur Köln, Josef-Haubrich-Hof 2, 50676 Köln | Veranstalter: Haus der Architektur Köln e.V. | Eintritt frei, keine Anmeldung erforderlich

Sa., 25. Januar

Konferenz: Strukturwandel in den Braunkohlerevieren – Verkehrswende

10 Uhr: Einlass. Anmeldung, informelle Gespräche z.B. an den Info-Tischen
11 Uhr: Auftakt
Begrüßung durch die Veranstalter*innen. Vorträge von
- Peter Singer (Mitglied im Regionalrat Köln für DIE LINKE) und
- Winfried Wolf (Verkehrsexperte, Chefredakteur von Lunapark, Mitglied vom wissen-

Erinnern

Eine Brücke in die Zukunft

schaftlichen Beirat von Attac DE)

- Vorstellung der Referent*innen für beide Workshops
12 Uhr – 13 Uhr und 13.45 Uhr - 16 Uhr:

Parallele Workshops:

- Verkehrswende
- Strukturwandel in den Braunkohlerevieren (Kurze Referate und Diskussion, Vorschläge für das Plenum)

Mo., 27. Januar

Erinnern – Eine Brücke in die Zukunft

Trägerkreis Gedenktag, 18.00 Uhr, Antoniterkirche, Schildergasse

Grußwort: Oberbürgermeisterin Henriette Reker
Sprecher*innen: Maria Ammann, Markus Andreas Klauk, Doris Plenert
Musik: Martina Neschen, Chor bewegt

Am 75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz gedenken wir der Millionen Opfer des Nationalsozialismus. In diesem Jahr legen wir einen Schwerpunkt auf das Wirken und die Schicksale von Frauen während dieser Zeit.

Wir stellen die kommunistische Arbeiterin und Widerstandskämpferin Gertrud Hamacher vor, die im Juni 1933 verhaftet wurde und im Klingelpütz einsaß. Ab 1934 ging sie in die Illegalität und bald ins Ausland, von wo sie Flugblätter und Schriften gegen die Nazis nach Deutschland schmuggelte. Die in Köln geborene Herta Oberheuser war eine grausame KZ-Ärztin. 1947 wurde sie als einzige Frau bei den Nürnberger Ärzteprozessen wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt, von denen sie nur wenige Jahre verbüßte, bevor sie eine Praxis eröffnen konnte. Erst 1960 wurde ihr nach Protesten der Arbeitsgemeinschaft

zu Masseneinwanderung. Die Menschenrechte und das Grundgesetz gelten für alle Menschen, deshalb unterstützt und ermutigt eine demokratische Gesellschaft Frauen in ihrem Bestreben nach Freiheit und Selbstbestimmung. Wir erinnern an den Schwur der überlebenden Männer und Frauen des KZ Buchenwald von 1945: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

TERMINE DER FRAKTION

Mo, 6. Januar, 18.15 Uhr
AK Umwelt

Mi, 8. Januar, 18 Uhr
Neujahrsempfang

Do, 9. Januar, 18 Uhr
AK Wohnen

Do, 9. Januar, 19.30 Uhr
AK Bildung und Jugend

Mo, 13. Januar, 18.30 Uhr
AK Soziales und Integration

Mi, 15. Januar, 16.30 Uhr
AK Umwelt

Mo, 20. Januar, 18.00 Uhr
AK Gesundheit und Inklusion

Do, 23. Januar, 18.00 Uhr
AK Stadtentwicklung und Verkehr

Mo, 3. Februar, 17 Uhr
AK Frauen

Mo, 3. Februar, 18.15 Uhr
AK Umwelt

Redaktionsschluss: wird noch bekannt gegeben

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
E-Mail: dielinke@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

„So wie wir heute pflegen müssen, möchtet Ihr morgen nicht gepflegt werden.“

Bericht über die Veranstaltung „Altenpflege am Limit!“

Zwar hatten der Vertreter der Kölner Stadtverwaltung und die Geschäftsführerin der Sozialbetriebe Köln kurzfristig abgesagt und nur wenige Interessierte waren gekommen. Dennoch entwickelten sich unter den Anwesenden eine engagierte Diskussion auf hohem Niveau.



Armin Rieger, ehemaliger Seniorenheimbetreiber, der inzwischen als „Pflegerbell“ z.B. in Talkshows die schlechte Versorgung von AltenheimbewohnerInnen anprangert, umriss die Zustände in den Seniorenheimen. Altenheime seien in den letzten Jahren systematisch von privaten Konzernen aufgekauft worden. Diese betrieben die Heime mit dem Ziel der Gewinnmaximierung und trieben das Lohndumping voran. Eine den individuellen Bedürfnissen der BewohnerInnen angepasste Betreuung lasse sich nicht mit dem Ziel vereinbaren, Gewinne zu erwirtschaften. Z.B. erhalte ein Pflegeheim das meiste Geld für den höchsten Pflegegrad 5. Dies widerspreche aber dem Ziel, den Bewohner so zu pflegen, dass er seinen Pflegegrad nicht verschlechtere („aktivierende Pflege“). Gesundheitspoliti-

ker seien zudem lobbymäßig eingebunden.

Maria Tschaut als Fachbereichsvertreterin von ver.di NRW beschrieb für die Pflegekräfte einen eklatanten Pflegenotstand. Dieser resultiere daraus, dass es nur Orientierungswerte zur Personalbemessung gebe und keine einheitlichen Vorgaben für Mindestbesetzungen. Diese Werte seien veraltet und berücksichtigten z.B. nicht die demographische Entwicklung (höhere Anzahl älterer Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf). Zudem wollten die meisten Menschen so spät wie möglich ins Heim, so dass der Anteil der hochbetagten BewohnerInnen zusätzlich steige. Die Personalkosten seien mit 70 % der höchste Ausgabeposten und somit die wichtigste Stellschraube zur Kostenreduktion. Schließlich müssten Pflegekräfte häufig fachfremde Aufgaben mit übernehmen.

Kontrovers wurde diskutiert, ob Pflegekräfte Teil des Problems oder der Lösung seien. Herr Rieger beklagte, dass Pflegekräfte Betrugereien mitmachten (indem sie z.B. aus Zeitgründen nicht erbrachte Pflegetätigkeiten dokumentierten). Pflegekräfte sollten z.B. in Form von Überlastungsanzeigen aufbegehren.

Frau Tschaut und andere Anwesende verdeutlichten die Hintergründe (z.B. starke kirchliche Verwurzelung der Pflege, hoher Frauenanteil), die traditionell zu hoher Selbstausbeutung führe und geringe gewerkschaftliche Orientierung mit sich bringe. Hinzu komme, dass ein Streik dramatische gesundheitliche Folgen für die Pflegebedürftigen haben könne.

Dies führte zur Frage, wie bessere Arbeits- und Versorgungsbedingungen erkämpft werden könnten.

Uschi Röhrig sprach sich als Vertreterin

der LINKEN für eine Pflegevollversicherung aus (d.h. Leistungen sind nicht nur anteilig von der Pflegekasse zu erbringen). Wichtig sei außerdem eine Bürgerversicherung. Sie forderte statt der jetzt beschlossenen generalistischen Ausbildung weiterhin getrennte Ausbildungsgänge für Alten- und (Kinder-)Krankenpflege, damit die spezifischen Belange der einzelnen Patientengruppen genügend berücksichtigt werden.

Von den Gewerkschaften wurde eine DGB-weite „Pflegekampagne“ gefordert, da die Versorgung alter Menschen alle angehe.

Die Kommune solle als Trägerin von Altenheimen wieder stärker in Erscheinung treten. Sie solle in ihrer Rolle als Sozialhilfeträger nicht weiter als Bremse bei den Pflegesatzverhandlungen auftreten. Sie müsse darauf hinwirken, dass die Heimaufsicht verbessert werde. Kontrollen müssten häufiger und unangekündigt erfolgen und auch die Arbeitszeiten der Beschäftigten einbeziehen.

Die Situation der Beschäftigten könne durch direkte Kontakte zwischen Sozialdezernent und Betriebsräten besonders in den Blick genommen werden.

Friederike Stolle

Quellenhinweis

1 Lt. Bundesamt für Statistik gab es im Dezember 2017 bundesweit rund 14 500 nach SGB XI zugelassene voll- bzw. teilstationäre Pflegeheime. Die Mehrzahl der Heime (53 % bzw. 7 600) befand sich in freigemeinnütziger Trägerschaft (z.B. DIAKONIE oder CARITAS); der Anteil der Privaten betrug 43 %. Öffentliche Träger haben den geringsten Anteil (5 %).